

Dr. Margot Käßmann

Friedensfähig statt kriegstüchtig

Berlin, 13.11.25

Anrede

Zunächst: Für friedensbewegte Menschen war das eine harte Woche. Erst wird der Osnabrücker Friedenspreis, gestiftet mit Blick auf den westfälischen Frieden an die NATO, ein Militärbündnis verliehen. Dann erscheint die neue Friedensdenkschrift der EKD, in der es heißt: „Christlicher Pazifismus ist als allgemeine politische Theorie nicht zu begründen.“ Und weiter: Er sei „Ausdruck individueller Gewissensentscheidung“ oder „gelebter Frömmigkeit“. Damit wird der Pazifismus sozusagen ausgebürgert aus der evangelischen Kirche. Mehr noch heißt es: „Der Besitz von Nuklearwaffen ... kann politisch notwendig sein“. Und das fünfte Gebot beziehe sich nicht auf das Töten im Kriege sondern lediglich auf „Töten ohne Rechtsgrundlage“. Auch sei Kriegsdienstverweigerung nicht das „deutlichere Zeichen“. Das habe vielleicht in der DDR gegolten, nicht aber in der Bundesrepublik. Aber genug. Ich werde als ehemalige Ratsvorsitzende jetzt nicht den Rat der EKD per Textexegese kritisieren. Schauen wir auf das breitere Bild!

80 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs bewahrheitet sich, was die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann gesagt hat: „Die Geschichte lehrt andauernd, doch sie findet keine Schüler.“ Und so erleben wir seit dreieinhalb Jahren eine schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft.

Bundeskanzler Merz erklärt uns, wir befänden uns nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Außenminister Wadephul sagt: „Russland wird immer Deutschlands Feind bleiben.“ Verteidigungsminister Pistorius will, dass wir „kriegstüchtig“ werden und avanciert damit zum beliebtesten Politiker des Landes. Roderich Kiesewetter will nun gar den Spannungsfall ausrufen. So wird Kriegsangst geschürt und Vorkriegsstimmung erzeugt.

Dagegen sagen wir als Friedensbewegung in der Tradition Wolfgang Borcherts: Nein! Wir brauchen nicht Abschreckung, sondern Entspannungspolitik. Wir brauchen keine Hochrüstung mit hunderten Milliarden Euro für Waffen und gleichzeitiger Kürzung der Sozialleistungen. Stattdessen brauchen wir Abrüstung, Verhandlungen, Diplomatie. Nicht Kriegstüchtigkeit ist unser Ziel. Friedensfähig müssen wir werden! Ich hätte mir gewünscht, dass Deutschland nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine nicht der größte Waffenlieferant Europas ins Kriegsgebiet wird, sondern der gewichtigste diplomatische Akteur, der Vertrauen auf allen Seiten besitzt und vermitteln kann.

In den letzten Wochen erleben wir stetig neue Ankündigungen von Aufrüstungsprogrammen, die durch gigantische Milliardensummen finanziert werden sollen. Mich macht wirklich fassungslos, welche Unsummen auf einmal in unserem Land und der EU für Aufrüstung – auch wenn es stets unter dem Label „Verteidigung“ läuft – aufgebracht werden. Die Zinsen, die durch all die neuen Schulden entstehen, werden den regulären Haushalt massiv belasten werden – zu befürchten ist auf Kosten der Sozialausgaben. Und unsre Kinder und Enkel werden eine immense Schuldenlast von uns erben. Unvorstellbar, solche Summen wären zur Bekämpfung der Klimakatastrophe angesagt worden oder für sozialen Wohnungsbau oder für Pflegeeinrichtungen und Kitas!

Nach einer Studie der Helmut-Schmidt-Stiftung lebt heute jeder sechste Mensch auf der Welt in einem aktiven Kriegsgebiet. Wie lässt sich da mutig, stark beherzt für Frieden eintreten?

1.Christlicher Glaube ermutigt

Wir sind heute Abend hier in einer Kirche und deshalb kann ich sagen: Zuallererst ermutigt uns der christliche Glaube dazu. Jesus hat gesagt „Steck das Schwert an seinen Ort“. „Selig sind, die Frieden stiften“. Für christliche Pazifistinnen und Pazifisten bleibt das eine entscheidende Wegweisung.

Und mehr noch sagt Jesus: „Liebet Eure Feinde“. Der Friedensnobelpreisträger Martin Luther King hat erklärt, das sei das Schwerste, was Jesus uns hinterlassen

hat. Das stimmt bis heute. Aber es ist zuallererst eine bleibende Mahnung, sich nicht in Feindbilder hineintreiben zu lassen. Es war das theologische Konzept der Gotteskindschaft, das für King nicht nur Antrieb zur Überwindung von Rassismus war, sondern auch, den Krieg grundsätzlich abzulehnen und vehement für gewaltfreie Formen des Widerstands einzutreten. Dabei hat King sehr früh den Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Krieg dargestellt, der sich auch heute zeigt, wenn Milliardeninvestitionen in Rüstung mit Kürzungen im sozialen Bereich einhergehen. Er schreibt: „Kein Mensch, der bei Verstand ist, kann es sich leisten, für soziale Gerechtigkeit in einem Land zu arbeiten, wenn er/sie nicht zugleich Krieg ablehnt und sich eindeutig zur Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen bekennt.“¹

Nun wurde mir in gefühlt hundertten von Mails erklärt, ich sei schließlich keine Militärexpertin, solle mich heraushalten und die ganze Sache mit „der anderen Backe“ sei schlicht naiv. Ich denke, viele der hier Versammelten kennen die Exegese der Bergpredigt durch Walter Wink, deshalb will ich sie nur streifen. Für mich war der Ansatz von Wink wegweisend. In seinem Buch „Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit“ hat er den Mythos der „erlösenden Gewalt“ dargestellt, der unsere Kultur bestimmt. Und zwar bis heute. Er zeigt, wie radikal Jesus eine Haltung der aktiven Gewaltfreiheit vertreten hat. Es geht eben nicht darum, einfach und irgendwie nämlich die andere Wange hinzuhalten, sondern darum, einen dritten Weg zu finden.

Kreative Gewaltfreiheit wird auf anregende Weise in dem genannten Abschnitt der Bergpredigt durchbuchstabiert. Jesus lehrt uns, so noch einmal Walter Wink, „nicht die Unterwerfung unter das Böse, sondern die Weigerung, dem Bösen mit seinen eigenen Mitteln zu begegnen.“² Und das zeigt sich auch beim Hinhalten der anderen Wange. Gern wird diese Geste als Sinnbild für Schwäche, ja geradezu unfassbare Dummheit zitiert. Aber um einen Menschen auf die rechte Wange zu schlagen muss die linke Hand genutzt werden. Die aber galt zu Jesu Zeiten als unrein, sollte nur für unreine Arbeiten benutzt werden. Übrigens nicht nur zu Jesu Zeiten. Auch heute gilt

1 Martin Luther King, Address at the Thirty-sixth Annual Dinner of the War Resisters League, 2.2.1959.

2 Walter Wink, Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit, Regensburg 2014, S. 934.

in der arabischen Welt die linke Hand als unrein, da mit ihr mit Wasser der Körper nach dem Toilettengang gereinigt wird.

Ein Mensch mit Macht würde zu Jesu Zeiten seine linke Hand also nicht in Anspruch nehmen, um einen Untergebenen zu züchtigen. Die rechte Wange jedoch kann mit der rechten Hand nur durch den Handrücken erreicht werden. Das ist ein erniedrigender Schlag der Herren gegen die Untergebenen, der Männer gegen Frauen, der Erwachsenen gegen Kinder. Wenn nun die geschlagene Person anschließend die andere, die linke Wange hinhält, muss der Angreifer die rechte Handfläche nutzen. Probieren Sie es aus...

So aber, schlagend mit der Vorderhand, finden Auseinandersetzungen unter Gleichberechtigten statt. Wink folgert: „Dieser Akt des Trotzes macht den Herrn unfähig, seine Dominanz in der Beziehung durchzusetzen. Er kann den Sklaven schlagen lassen, weiterhin einschüchtern kann er ihn nicht.“ Wenn große Gruppen anfangen, sich so zu verhalten, schreibt Wink, „hat man es mit einer sozialen Revolution zu tun.“³ Wenn also viele sich schlicht nicht mehr demütigen lassen, verändert sich etwas. Beispielsweise: Wenn viele Frauen im Iran das Kopftuch nicht mehr tragen, entsteht eine Bewegung. Wenn Hunderttausende in der Türkei für die Freiheit von Ekrem Imamoglu auf die Straße gehen, wankt Erdogans Macht.

Festhalten will ich zu diesem ersten Punkt: Es gibt im Evangelium keine Rechtfertigung von Gewalt, Hass und Krieg. Und: Das bedeutet nicht Passivität und Naivität, sondern den vermittelt uns den Mut, andere, dritte Wege zu finden, um Gewalt und Hass zu überwinden. Dazu gehört definitiv Diplomatie. Vor 70 Jahren reiste Konrad Adenauer in die Sowjetunion. Das war hochumstritten, ermöglichte aber die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen. Während der Kubakrise 1962 war es entscheidend, dass John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow versuchten, die Lage zu de-eskalieren. Bei den Einmärschen der Sowjetunion 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei war es Diplomatie, die eine große Konfrontation der Supermächte verhinderte. Und auch als Russland 2008 Georgien angriff, verurteilten die E-

³ Wink, aaO., S. 95.

Staats- und Regierungschefs das militärische Eingreifen, verzichteten aber auf Sanktionen, um die Lage zu beruhigen.

2. Theologische Grundüberzeugungen machen stark

Der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze hat 1946 formuliert: „...die Menschheit läßt sich wie stets in die Verantwortungslosigkeit hineinschläfern...“. Ein guter Ansatzpunkt für Friedensethik: sich nicht in Verantwortungslosigkeit „hineinschläfern“ lassen! Hierbei könnten die Kirchen eine gute Rolle spielen. Jahrhundertlang wurden Waffen durch Kirchenvertreter gesegnet. Und auch heute sehen wir wieder Bilder davon. Der russische Patriarch Kyrill rechtfertigt den russischen Angriff auf die Ukraine, als sei Russland angegriffen durch westliche Werte wie Freiheit, Gleichberechtigung, Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften. Das ist für mich Gotteslästerung. Die Kirchen der Welt sind immer in die Irre gegangen, wenn sie Gewalt legitimiert haben. Denn im Evangelium findet sich dafür keinerlei Grundlage.

Bei alledem gehört es zur **Demut** eines Menschen, anzuerkennen, dass ich mit jeder Option, die ich im Leben einnehme, schuldig werden kann. Die ehemalige Außenministerin Baerbock sagte: „Unsere Waffen retten Menschenleben“. Eine solche Aussage muss aber mit der Erkenntnis einhergehen, dass unsere Waffen eben auch töten, dafür wurden sie entwickelt. Lehnen Pazifistinnen und Pazifisten Waffenlieferungen an Menschen ab, die sie zu ihrer Verteidigung anfordern, muss ihnen klar sein: Das kann Menschenleben kosten. Niemand kann - wie einst Pontius Pilatus versuchte - die eigenen Hände in Unschuld waschen. Aber ein Ablehnen von Waffenlieferungen mit einhergehenden Konzepten von Diplomatie, Verhandlungen, sozialer Verteidigung, darf als Alternative nicht einfach lächerlich gemacht werden.

Die Frage, ob der Einsatz von Waffengewalt aus christlicher Sicht legitim ist, ob Christinnen und Christen in einer Armee dienen können, war von Anfang an ein strittiges Thema der Christenheit. War es in der frühen Christenheit noch Konsens, dass Gläubige gewaltfrei leben müssten, änderte sich das, als das Christentum Staatsreligion wurde. Werfen wir einen Blick in die jüngere Geschichte, so ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach den entsetzlichen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges ein

Hoffnungsschimmer erkennbar. Dietrich Bonhoeffer war überzeugt, die mit dem Beginn des Jahrhunderts entstehende ökumenische Bewegung werde Vorkämpferin des Friedens werden. Wenn sich die Kirchen verständigten, miteinander im Gespräch wären, könnten sie Widerstand leisten gegen nationalistische Parolen und Kriegstreiberei. Auf einem ökumenischen Kirchentreffen in Fanoe sagte er 1934 in seiner Morgenandacht: „Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden ausruft über die rasende Welt.“ Seine Hoffnung wurde nicht erfüllt. Stattdessen wurden wieder Waffen, Soldaten, ja der Krieg durch Kirchenvertreter gesegnet. Dietrich Bonhoeffers Vision wurde 1983 auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver vom Erfurter Propst Heino Falcke aufgegriffen! Aus seiner Initiative bzw. der des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR entwickelte sich der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der maßgeblichen Anteil an der friedlichen Revolution hatte.

In unseren Kirchen gab es stets eine Mehrheit, die unter bestimmten Kriterien Krieg befürwortet hat. So wurden zunächst Thesen für einen „gerechten Krieg“ entworfen, mit denen Grundsätze in militärischen Konflikten für ein Mindestmaß von Humanität sorgen sollten. Später mündeten sie in Thesen für einen „gerechten Frieden“, die der Prävention von Gewalt Vorrang geben vor militärischen Interventionen, aber auch akzeptiert, dass zur Erhaltung von Recht der Einsatz von militärischer Gewalt unvermeidbar sein kann. Daneben gab es stets eine Minderheit mit einer pazifistischen Haltung, die sich vom Evangelium her begründet. Beide Haltungen haben ihre theologische Rechtfertigung. Als der Ritter Assa von Kram Luther fragte, ob ein Soldat christlichen Standes sein könne, erklärte Luther, das könne er sehr wohl, müsse aber auch sein Gewissen befragen. Das Kriterium des Gewissens kommt ja erst mit Luthers Auftritt vor dem Reichstag zu Worms aufs Spielfeld. Ich halte es für gewichtig. Und als langjährige Präsidentin der KDV habe ich mich oft gefragt, war-

um denn der Staat das Gewissen der jungen Männer befragt, die den Kriegsdienst verweigern, aber nicht derer, die ihn leisten wollen.

Wir können aus einer theologischen Perspektive insgesamt sagen: Die biblische Version von Shalom ist viel mehr als ein Deal, der zu Waffenstillstand führt! Shalom ist ein Friede, der die Menschen. Shalom meint ein Leben in Frieden im Sinne Wohlergehen einer Gemeinschaft in gerechten Beziehungen, ja mehr noch Freude oder auch Glück. Es geht um ein Leben in Harmonie. Für diesen Shalom machen wir uns stark.

3. Beherzt für Frieden eintreten

Dietrich Bonhoeffer hat ebenfalls gesagt: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Frieden muss gewagt werden, ist das große Wagnis und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit.“⁴ Und damit sind wir bei einem viel weiteren Feld, das uns verbindet. Letzten Freitag habe ich auf einer Kundgebung in Stuttgart gesprochen. Dort waren wir Christinnen und Christen eine Minderheit, aber in guter Gemeinsamkeit Teil von 15.000 Demonstrierenden für den Frieden.

Solche öffentlichen Kundgebungen gibt es aktuell leider viel zu selten. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich unsere Gesellschaft merklich verändert. Es gibt verschiedene Indikatoren für eine schleichende Militarisierung. Krieg wird wieder als Normalität dargestellt, dafür steht geradezu der Begriff „Zeitenwende“. Sicherheit wird auf dem Weg der Aufrüstung und Abschreckung gesucht. Wir wissen nicht, was sich in absehbarer Zeit verändern wird. Aber dass es zu einem gerechten Frieden kommt, darf in einer Welt der „Deals“ bezweifelt werden. Ich hätte mir gewünscht, dass die europäischen Staaten viel früher Versuche gestartet hätten, zumindest einen Waffenstillstand zu erreichen statt einzig Waffenlieferungen als Mittel der Wahl zu sehen. Doch offenbar sucht Europa auch jetzt nur in der Aufrüstung das „Heil“, statt ganz intensiv auf Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstungsabkommen zu setzen.

⁴ London 1933-1935, DBW Band 13, S. 300.

Es ist interessant, einen grundsätzlicheren Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zu werfen, die ich als schleichende Militarisierung in unserem Land wahrnehme.

Sprache

„Sprache schafft Wirklichkeit“ lautet ein dem Philosophen Ludwig Wittgenstein zugeschriebenes Zitat. Und hier setzt die Veränderung ein. Helden, Blutzoll, Tapferkeit, Ehre, Soldateska, Schergen – solche Begriffe sind inzwischen Teil des alltäglichen Sprachgebrauchs in den Medien geworden. Bei Landtagswahlen ist in den Kommentaren von „Bollwerk“ und „Zweifrontenkrieg“ die Rede. Der Begriff „Verhandlungen“ wird inzwischen teilweise in Anführungszeichen gesetzt. Die Außenministerin erklärt, wir dürfen nicht „kriegsmüde“ werden. Der Verteidigungsminister meint gar, wir müssten „kriegstüchtig“ sein. Hier braucht es sensible Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft. Und Roderich Kiesewetter sprach kürzlich von Investitionen in die „Sicherheitsindustrie“, die dringend notwendig seien, er meint aber de facto die Rüstungsindustrie und auch wo Verteidigung gesagt wird, ist am Ende Aufrüstung drin. Oder nehmen wir Prof. Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft, der erklärte, am Ende sei auch die Investition in Verkehrsinfrastruktur eine Investition in Sicherheit – schließlich müssen Brücken stabil genug sein, damit Panzer darüber rollen können. Hier gilt es beherzt wachsam zu sein – auch das fordert Paulus ja in der Bibelstelle 1. Kor. 16,13), die Grundlage für die Kirchentagslosung ist.

Bundeswehr und Zivilgesellschaft

Zur schleichenden Militarisierung gehört die Rolle der Bundeswehr in der Zivilgesellschaft. Die Zahl rekrutierter Minderjähriger nimmt stetig zu. Das Kinderhilfswerk terre des hommes nennt das ein „Armutszeugnis“ für die Bundesregierung. Bundesminister Pistorius wirbt inzwischen für „Schnupperpraktika“ und fordert ungehinderten Zugang für Jungoffiziere an Schulen, um den Dienst in der Bundeswehr Jugendlichen schmackhaft zu machen. Mit einem neuen Gesetz werden in Bayern seit letztem Jahr Schulen und Hochschulen sogar verpflichtet, mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. In der Gesetzesbegründung heißt es, „Aufgabe des Staates“ sei es, „unsere Gesellschaft auf die grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage vorzubereiten“, die Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche habe. Die ehemalige

Bundesbildungsministerin Starck-Watzinger hat erklärt, an den Schulen solle für „ein unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ geworben werden. Zudem plädierte sie für Zivilschutzübungen an Schulen zur Vorbereitung auf Krisen wie Pandemien, Naturkatastrophen oder Krieg.

Die aktuelle Debatte über die **Wiedereinführung der Wehrpflicht** ist in dieser Logik nur folgerichtig. Es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft diese Logik beherzt zu hinterfragen. Denn das Militär ist nicht die „Schule der Nation“. In seiner Antrittsrede als Bundespräsident sagte Gustav Heinemann am 1. Juli 1969: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterwiesen wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall.“⁵ Sinnvoll wäre in diesem Sinne eine Bildungspolitik, die Friedenserziehung, Mediation und gewaltfreie Konfliktbewältigung auf dem Lehrplan hat. Der Journalist Heribert Prantl hat jüngst darauf hingewiesen, dass in vielen Landesverfassungen gefordert wird, die Jugend zur Friedensgesinnung zu erziehen.⁶ Da müssen wir als Friedensbewegung wachsam sein!

Bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2011 war ich einige Jahre Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer. Die Regierung plant nun ihre stufenweise Wiedereinführung. Aber der Begriff „Wehrpflicht“ ist verharmlosend. Das Grundgesetz garantiert: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Ich spreche deshalb nicht von Wehrpflicht, sondern vom Kriegsdienstzwang.

Politik und Militär wollen diesen Zwangskriegsdienst, weil sie auf Masse setzen. In der Militärsprache heißt das „Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit“. Auch da bin ich für Klartext: Der Kriegsdienstzwang schafft Kanonenfutter! Es sind die Alten, die die Jungen verpflichten wollen, Dienst an der Waffe zu leisten. Und sie jetzt mit Ausbildung, Führerschein, Geld zu locken, wird eben nicht alle gleichermaßen zur Bundeswehr bringen, sondern gerade diejenigen, die aus sozial benachteiligten Familien kommen.

⁵ Gustav Heinemann, Antrittsrede als Bundespräsident, im Wortlaut abgedruckt in: SZ 2.7.1969, S. 7.

⁶ Vgl. Heribert Prantl, Frieden lernen, SZ 7.3.24.

Der Präsident des Reservistenverbandes rechnete kürzlich für den Fall eines Krieges mit Russland mit täglich 5.000 toten Soldaten auf der eigenen Seite.

Das eindeutige Zeichen gegen diesen Wahnsinn ist: Kriegsdienstverweigerung! Die Beratungsstellen der DFG-VK und der Kirchen helfen bei der Wahrnehmung und Durchsetzung dieses Grund- und Menschenrechts. Wobei ich mich schon immer gefragt habe, warum unser Staat das Gewissen derer prüft, die den Kriegsdienst verweigern, nicht aber das Gewissen derer, die ihn leisten wollen. Nach Artikel 4 Abs. 1 Grundgesetz ist die Freiheit des Gewissens ohnehin zu gewährleisten. Wenn es um Wehrpflicht geht, dann um die Pflicht, sich dagegen zu wehren, Kriegsdienst leisten zu müssen.

Wir treten übrigens auch dafür ein, dass junge Männer aus der Ukraine und Russland, die den Kriegsdienst verweigern, in Deutschland politisches Asyl erhalten. Wenn Menschenrechte, dann für alle!

Im Editorial der *Zeitschrift für innere Führung* (IF 2/24) schreibt Oberst Harald Lamatsch: „Kriegstüchtig werde ich nur innerhalb einer Gesellschaft, die mir das notwendige Rüstzeug und die Unterstützung gibt, um in der von Tod und Gewalt geprägten Auseinandersetzung zu gewinnen.“ Das bedeutet: Die Gesamtgesellschaft muss die Armee voll unterstützen, hinter ihr stehen. Kriegsdienstverweigerung, Skepsis, Drängen auf beispielsweise ein Einüben sozialer Verteidigung gelten in der Konsequenz als Infragestellung der Kriegstüchtigkeit. Ein Beitrag von Roderich Kiesewetter in derselben Ausgabe bestätigt das. Kiesewetter schreibt: „Die Zeitenwende ist somit nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch bei der zivilen Verteidigung erforderlich: Deutschland braucht einen Operationsplan (OPLAN) für eine Gesamtverteidigung, der Sicherheit integriert betrachtet.“⁷ Und weiter: „Zuletzt kommt es auch hier auf Kommunikation gegenüber der Bevölkerung und trainierte Erfahrung an. Große deutschlandweite Übungen wären wichtig, genauso wie die individuelle Sensibilisierung beispielsweise in der Schule.“⁸

⁷ Roderich Kiesewetter, Wenn Kriege zum System werden. Wehrhaftigkeit als neuer gesamtgesellschaftlicher Ansatz, in: IF 2/2024, S. 18ff.; S. 20.

⁸ Ebd. S. 23.

Und siehe da, längst existiert der „**Operationsplan Deutschland**“, der ständig aktualisiert wird. Generalmajor André Bodemann erklärte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Deutschland und die Bundeswehr müssten sich darauf einstellen, „auf die aktuellen Bedrohungen und die territoriale Verteidigung in Frieden, Krise und auch Krieg zu reagieren.“⁹ Das aber könne die Bundeswehr nicht allein leisten. „Deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.“¹⁰ Es könne beispielsweise eintreffen, „dass sich etwa eine US-Division durch Deutschland in Richtung Osten bewegt, Tausende Fahrzeuge, Tausende Soldaten. Dann müssen die gepflegt werden.“¹¹ Sein Plan sei bei den Bundesländern, den Bundesressorts vom Roten Kreuz bis zur Polizei sehr positiv aufgenommen worden, erklärt Bodemann. Diese Pläne sind der öffentlichen Wahrnehmung bisher überhaupt nicht präsent, das sollte sich ändern. Die Zivilgesellschaft kann das doch nicht alles einfach so hinnehmen!

Dass jüngst die evangelische Militärseelsorge erklärte, sie bereite sich auf einen möglichen Verteidigungsfall vor und erarbeite aktuell sozusagen parallel zu den staatlichen Überlegungen einen "geistlichen Operationsplan Deutschland", der festlege, wie die Kirche im Kriegsfall handeln könne, zeugt bedauerlicherweise nicht von unbedingtem Friedensengagement der Kirchen, sondern von Vorbereitung auf den Krieg.¹²

Zu alledem passt die Entscheidung des Bundestags im Jahr 2024, den 15. Juni für die bessere Sichtbarkeit von Soldaten in der Öffentlichkeit einen **nationalen Veteranentag** „für Respekt, Anerkennung und Würdigung unserer Soldatinnen und Soldaten“ ins Leben zu rufen. Auch der Begriff „Veteran“ war bisher im Deutschen eher ungebräuchlich. Mit gutem Grund wurde nach 1945 der Heldengedenktag zum Volkstrauertag, es sollte fortan um alle Opfer der Kriege gehen. Warum wurde kein Würdigungstag für alle beschlossen, die Respekt und Anerkennung verdienen, für Lehrerinnen und Lehrer, Pflegekräfte, Polizeibedienstete, Ehrenamtliche?

9 Peter Carstens, Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr, FAZ 22.04.2024.

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Vgl. T-Online, Bischöfe bereiten sich auf den Kriegsfall vor, 12.09.2024.

Warum wird nicht ein Operationsplan „Soziale Verteidigung“ erstellt? Der Bund für Soziale Verteidigung versteht sie als „eine Verteidigung der Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft mit gewaltfreien Mitteln“. Das Konzept geht davon aus, dass letztlich die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung eines angegriffenen Landes darüber entscheidet, ob der Angreifer sein Ziel erreicht. Dabei wird ein dritter Weg angestrebt zwischen der schlichten Hinnahme von Unrecht und der Anwendung von Gewalt. Als gelungenes Beispiel wird u.a. der Ruhrstreik 1923/25 genannt, bei dem sich die Zivilbevölkerung mit gewaltfreiem Widerstand gegen die französische und belgische Besatzung wehrte.

Aufrüstung

Mit der Militarisierung geht eine beispiellose Aufrüstung einher, an der vor allem die Rüstungsindustrie verdient, deren Aktien Rekordhöhen erreichen. Allein die Aktie von Rheinmetall ist seit Februar 2022 von 96€ zwischenzeitlich auf knapp 2000€ gestiegen! Die Prognosen sind bestens, zeigen Analysten, und stufen die Aktie als „attraktiv“ ein. Aktionäre verdienen an den Kriegen der Welt und wenn die Flüchtlinge aus diesen Kriegen zu uns kommen, werden sie abgewiesen. Zur Eröffnung der neuen Rüstungsfabrik in Unterlüß kamen eigens Nato-Generalsekretär Rütte und Finanzminister Klingbeil. Jetzt heißt es sogar, die Rüstungsindustrie müsse staatlich gefördert werden.

Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem absoluten Rekordhoch. Erstmals wird eine ganze Brigade der Bundeswehr, 5000 Soldatinnen und Soldaten mit ihren Familien im Ausland stationiert werden soll, in Litauen mit dem Ziel: Abschreckung. Mehr noch: Ohne öffentliche Debatte, auch ohne Debatte des Deutschen Bundestages wurde am Rande des Nato-Gipfels 2024 schlicht mitgeteilt, dass die USA ab 2026 wieder landgestützte Raketen in Deutschland stationieren werden. Mit diesen US-Langstreckensystemen solle eine „Fähigkeitslücke“ geschlossen werden. Schon der Begriff ist eine Herausforderung. Eine „Fähigkeitslücke“ scheinen wir eher im Bereich von Abrüstung, Diplomatie und Frieden zu haben. Wo sind denn diese Fähigkeiten abgeblieben? Willy Brandt hat mit

den Ostverträgen den Weg zur Aussöhnung ermöglicht. Durch Vertrauensaufbau wurde Rüstungsabbau möglich.

Irritierend ist nicht nur die fehlende politische und öffentliche Debatte, sondern auch die Tatsache, dass ganz anders als beim Nato-Doppelbeschluss von 1979 mit der Stationierungsentscheidung keinerlei Verhandlungsangebot an Russland einherging. So entwickelt wird nicht Rüstungskontrolle entwickelt, sondern Rüstungswettlauf. Mit Marschflugkörpern, die auch nuklear bestückt werden können und Hyper-schallwaffen, die Reichweiten von bis zu 2500km haben, kann Moskau erreicht werden. Und kann Deutschland wie in den 80er Jahren zum Zentrum einer Auseinandersetzung werden. Denn auch Russland ist ja im Besitz solcher Waffen. Der ehemalige Außenminister Sigmar Gabriel erklärte, für Deutsche gebe dabei es eine besonders heikle Frage: „Die Stationierung solcher Waffensysteme hat ja immer das Ziel, dass sie nie eingesetzt werden, weil die gegnerische Macht weiß, dass es am Ende nur Verlierer gibt.“ Das Problem aller nuklearen Strategien in Europa sei aber, „dass für den Fall, dass es trotzdem einmal zum Einsatz solcher Waffen kommen könnte, Zentraleuropa und damit Deutschland immer das Schlachtfeld wäre, auf dem ein solcher Schlagabtausch ausgetragen würde“.¹³

Und damit nicht genug. Selbst der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, aber auch die FDP Europaabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordern Atomwaffen für die EU, um „unsere Abschreckungsfähigkeit wiederherstellen“. (Zeit online 3.12.23). Es gibt Überlegungen, Europa unter den euphemistisch so genannten „Schutzschirm“ Frankreichs oder auch Großbritanniens zu stellen. Donald Trump will erstmals seit 33 Jahren Atomwaffentests durchführen lassen. Und wenn vor wenigen Wochen Estland, Lettland, Litauen und Polen das Übereinkommen zur Bannung von Streubomben verlassen, darf gefragt werden, was es mit den viel betonten europäischen Werten und dem Völkerrecht überhaupt noch auf sich hat. Das Abkommen, das 2010 in Kraft trat, wurde von 123 Staaten unterzeichnet, um Einsatz, Herstellung, Lagerung und Weitergabe dieser furchtbaren, gerade die Zivilbevölkerung bedrohenden Waffen zu bannen.

¹³ Sigmar Gabriel, Spiegel online, 29.7.24.

2024 erreichten die Rüstungsexporte – noch unter der Ampelregierung - mit 13,2 Milliarden Euro ein Rekordniveau in der Geschichte der Bundesrepublik. Noch im Bundestagswahlkampf 2021 hatte die Partei Bündnis90/Die Grünen plakatiert, was bis dato Konsens war: „Keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete“. Dass gerade diese Partei, die aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist – genannt seien Pazifistinnen der Gründergeneration wie Petra Kelly oder Antje Vollmer – vollmundig und vehement für Waffenlieferungen eintritt, ist höchst irritierend. Keine Rede mehr von Abrüstung, nur noch von Waffensystemen und Militärstrategien. Keine Rede auch davon, dass gerade der Krieg massive Umweltschäden verursacht und die Klimakatastrophe befördert. Da ist der Diskurs in eine völlig andere Richtung abgedreht, eine Entwicklung, die eine innerparteilichen Debatte wert wäre...

Und: Ständig wird jetzt argumentiert, Russland werde spätestens 2029 Deutschland angreifen. Die Wochenzeitung DIE ZEIT hat versucht, das zu verifizieren. Aber selbst Carlo Masala erklärte, „Das steht nirgendwo geschrieben, aber es erscheint mir wahrscheinlich..“. Und Sönke Neitzel, der behauptet hatte, 2025 sei der letzte Sommer den wir im Frieden erleben, meint auf die Nachfrage nur noch: „Ich halte das für ein Szenario, das wir nicht ausschließen können.“¹⁴ Das heißt doch, es wird eine gigantische Bedrohungskulisse aufgebaut, die Angst schürt, um die Rüstungsinvestitionen zu rechtfertigen.

Geschichtslektionen

In öffentlichen Debatten wird immer wieder erklärt, Deutschland sei naiv gewesen mit seiner skeptischen Haltung gegenüber militärischer Aufrüstung. Aber diese Haltung erklärt sich mit zwei Weltkriegen, die Deutschland zu verantworten hatte. Wer einmal das Beinhaus von Douaumont besucht hat, in dem die Knochen von 130.000 jungen Männern zusammenliegen, die auf den Schlachtfeldern von Verdun starben, sieht den ganzen Irrsinn des Krieges. Sie sollten darum kämpfen, ob das Land zu Frankreich oder Deutschland gehört. Mit Blick auf ihre Gebeine ist das vollkommen irrelevant...

¹⁴ Annika Joeres und Maxim Kireev, Der Russe kommt. Vielleicht, Die Zeit, 22. Mai 2025.

Und das Unbehagen in großen Teilen der Bevölkerung gegenüber Waffenlieferungen in die Ukraine ruht doch daher, dass mit Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 85 Jahren deutsche Panzer nach Osten rollten, erst nach Polen, dann in die Sowjetunion. Es ist fatal, dass die Ablehnung von Waffenlieferungen durch die Mehrheit der Bevölkerung nahezu ignoriert wird. Das Meinungsforschungsinstitut Civey hat gezeigt, dass 55 Prozent der Deutschen einen Nato-Beitritt der Ukraine ablehnen, in Ostdeutschland sogar 62 Prozent der Befragten. Das muss sich doch in der Politik demokratischer Parteien spiegeln! Nach den letzten Wahlen wurde aber auf keine Weise thematisiert, dass viele Menschen rechtsextreme Parteien wählen, nicht weil sie Neonazis favorisieren, sondern weil sie gegen Waffenlieferungen votieren. In der Folge greift die AfD das Thema auf und geriert sich als Friedenspartei. Wer aber von Zwangsdeportationen fantasiert und Unfrieden im eigenen Land sät, kann nicht glaubwürdig für Frieden im internationalen Bereich eintreten. Deshalb ist aktuell wichtig, das Thema Frieden nicht dem politisch rechten Spektrum zu überlassen und die Friedensbewegung davon abzugrenzen. Ich denke, die Partei „DIE LINKE“ hat bei der Bundestagswahl auch derartige Erfolge erzielt, weil sie Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ablehnt und erklärt, die Bundeswehr müsse wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe beschränkt werden: Landesverteidigung.

Zur Geschichte gehört auch, dass all die Waffengänge der vergangenen Jahre keinen Frieden gebracht haben. Der Einmarsch der „Koalition der Willigen“ im Irak 2003 – ebenso völkerrechtswidrig wie der Angriff Russlands auf die Ukraine – führte zum Sturz des Diktators Saddam Hussein. Ziel war eine demokratische Führung installiert werden. UN-Waffeninspektoren suchten vergeblich nach den Massenvernichtungswaffen, die es angeblich dort geben sollte. Als sich die US-Truppen 2011 zurückzogen, gab es nach offiziellen Schätzungen mehr als 100.000 Tote, andere Schätzungen gehen von bis zu 500.000 Toten aus. Im Land herrschen bis heute bürgerkriegsähnliche Zustände. Übrigens: Wenn Europa jetzt wirklich Frieden in der Ukraine absichern sollte, halte ich den dafür öffentlich benutzten Begriff einer „Koalition der Willigen“ aus diesem Geschichtlichen Zusammenhang heraus für unpassend.

„Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ – so begründete der damalige Verteidigungsminister Struck 2004 die Beteiligung der Bundeswehr die Beteiligung am Krieg in Afghanistan. „Enduring Freedom“ (Andauernde Freiheit) wurde die Operation betitelt, die – dieses Mal mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 durchgeführt wurde. Der Einsatz endete 2021 auf dramatische Weise. Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ sind 240.000 Tote und 5,5 Millionen Menschen auf der Flucht.¹⁵ Heute herrschen die Taliban wieder in Afghanistan. Frauen dürfen sich nicht mehr frei bewegen, kaum noch Schulen besuchen, in der Öffentlichkeit nicht singen oder laut sprechen. Das Land ist am Ende.

Letztes Jahr haben die letzten deutschen Soldaten auch Mali verlassen. Mit UN-Mandat sollte das Land stabilisiert werden. Die NZZ bilanziert: „Was mit hehren Zielen begann, endete im Fiasko. Am Ende wurde die Bundeswehr auch von denen verjagt, die sie zuvor ausgebildet hatte.“¹⁶

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung wird seit Februar 2022 massiv diskreditiert. Von „selbsternannten Friedensfreunden“ ist die Rede. Wer Friedensverhandlungen fordert, wird sofort als Putinversteherin diffamiert. Volker Beck twittert von „Teestubenpazifismus“, Sascha Lobo spricht von „Lumpenpazifisten“, Ralf Fücks gar von "Unterwerfungspazifisten" (Der SPIEGEL 13.7.22) Der Liedermacher Wolf Biermann erklärt gegenüber Prominenten, die einen schnellen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine forderten: „Diese falschen Pazifisten halte ich für Secondhand-Kriegsverbrecher.“¹⁷

Die teils wüsten Beschimpfungen gehen damit einher, dass allen, die für den Frieden eintreten oder sich selbst als Pazifistinnen bzw. Pazifisten bezeichnen, unterstellt wird, sie begriffen nicht, dass Wladimir Putin ein Kriegsverbrecher ist und den Krieg gegen die Ukraine begonnen habe. Eine kontroverse Debatte über die Rolle Deutschlands, ein Infragestellen der Waffenlieferungen ist nicht möglich, ohne als

¹⁵ NZZ 19.08.21

¹⁶ Marco Seliger, der andere Blick,, NZZ 11.04.24

¹⁷ Wolf Biermann, Wann wird man je versteh'n, ZEIT Nr. 44/2022.

dumm, naiv oder „Putinversteherin“ beschimpft zu werden. Wer versucht, die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine zu beleuchten, etwa die NATO-Osterweiterung nach 1990 zu hinterfragen, dem wird unmittelbar unterstellt, zu leugnen, dass Russland die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen hat. So ist demokratischer Diskurs unterbunden. Der Friedens- und Sozialforscher Christoph Butterwegge erklärt, es sei verrückt wie beispielsweise über den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Rolf Mützenich hergefallen wurde, als dieser – selbst ein studierter Friedenswissenschaftler (!) – Überlegungen zu einem Einfrieren des Krieges in der Ukraine geäußert hatte. Butterwegge: „Ich bin der Meinung, hier wird eine richtige Vorkriegsstimmung erzeugt.“¹⁸

In einem Aufsatz von Clemens Ronnefeldt vom Versöhnungsbund zur frühen Christenheit habe ich einen interessanten Hinweis gelesen. Er beschreibt, wie sich der Platoniker Celsus bei Kirchenvater Origenis über die pazifistische Haltung der Christen wie folgt beschwert: „Handeln nämlich alle so wie ihr, so wird nichts im Wege stehen, daß der Kaiser allein und einsam übrigbleibt, die Herrschaft auf Erden aber den gesetzlosesten und wildesten Barbaren zufällt, so daß weder von eurer Gottesverehrung noch von der wahren Weisheit unter den Menschen auch nur eine Kunde übrigbleibt.“¹⁹ Das passt zu dem aktuellen Vorwurf: Mit der Bergpredigt kann man halt keine Politik machen! Origenes hat geantwortet: „Handelten nämlich, wie Celsus sagt, alle so wie wir, so würden natürlich auch die Barbaren, die sich ja dann dem Worte Gottes zugewendet hätten, ganz gesetzlich und gesittet sein.“²⁰ Unfassbar, dass sich all die Argumentationen derart ähneln über Jahrhunderte, ja Jahrtausende hinweg...

Medien

Der Philosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer haben in ihrem Buch „Die vierte Gewalt“ ausführlich beschrieben, wie sehr die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung seit Beginn des Krieges in der Ukraine auseinanderklaffen. Sie beklagen, wie wenig sich die mehrheitlich kritische Haltung

¹⁸ Georg Ismar, Die Entfremdung. Raketendebatte in der SPD, SZ 5.8.2024.

¹⁹ Origenes, Contra Celsum VII8; Übersetzung P. Koetschau.

²⁰ Ebd. VII68.

der Öffentlichkeit gegenüber Waffenlieferungen in den Leitmedien spiegelt: „Wenn, wie beim Ukraine-Krieg, (sogar) sämtliche Leitmedien die gleiche weltanschaulich-ethische Haltung einnehmen und fast alle Waffenlieferungen und einer eskalierenden Konfrontation mit dem Aggressor Russland das Wort reden, geschieht eine kollektive Pluralitätsverengung.“²¹ Auf diese Weise wird der Diskurskorridor gezielt verengt.

Abgesehen von Talkshows und Printmedien gibt es auch Beispiele aus dem völlig normalen öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm: In „Das aktuelle Sportstudio“ vom 9. September 2023 waren Prinz Harry und Verteidigungsminister Pistorius waren zu Gast. Berichtet wurde über die Invictus-Games, die in diesem Jahr in Deutschland stattfanden. Kriegsversehrte werden über Sport wieder in die Gesellschaft integriert. Vorgestellt werden Angelo und Jens. Der eine hat eine posttraumatische Belastungsstörung, der andere hat beide Beine im Afghanistankrieg verloren. In der gesamten Sendung aber wird die Ursache für die Behinderungen nicht ein einziges Mal genannt. Von der immensen Suizidrate unter Kriegsteilnehmenden ist nicht die Rede. In den USA nehmen sich täglich 20 Kriegsveteranen das Leben! Der Kommentator sagt: „Um Ruhm und Ehre geht es nicht, davon ist unter den Teilnehmenden schon genug vorhanden!“. Der Verteidigungsminister lobt die Versehrten, die „für unser Land gekämpft haben“. Sie seien „Rolemodels“. Und dann wird berichtet, dass die Invictus Games von der Rüstungsindustrie gesponsert werden...

Zuletzt und persönlich

Es wird so gern, allzu oft und locker dahergesagt: „Nie wieder ist jetzt!“ Aber ich denke, das wird gar nicht ernst genug genommen. Meine Eltern waren als junge Leute im zweiten Weltkrieg, mein Vater als Soldat, meine Mutter als Krankenschwester. Wenn ich etwas gelernt habe aus dem Schweigen über den Krieg in meiner Kindheit und Jugend, dann ist es das: Nicht schweigen, laut protestieren, nicht wegducken, intervenieren, nicht zögern, sondern handeln, jetzt! Und wenn ich etwas gelernt habe aus dem Versagen meiner Kirche, dann bedeutet das: Das Wort ergreifen. Keine Angst haben vor Diffamierung und Diskriminierung, sondern eintreten

²¹ Richard David Precht/Harald Welzer, Die vierte Gewalt, Frankfurt 2022, S. 65.

gegen Militarisierung und Krieg, für die Freiheit aller Menschen, für die Gleichheit, die sich nicht an Herkunft, Religion, Geschlecht orientiert, sondern an Zukunft, die wir gemeinsam gestalten wollen.

Als Großmutter von sieben Enkelkindern sehe ich die Entwicklung für die nachwachsenden Generationen mit großer Sorge. Wenn ich an diese Kinder denke, an all die Kinder in der Ukraine, in Russland, in Syrien, in Israel, in Gaza, im Jemen, im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo dann sind all die hunderte Milliarden Euro und Dollar für Aufrüstung und Krieg doch keine Investition in ihre Zukunft! Was sie brauchen, ist eine Investition zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Ihre Zukunft wird lebenswert durch Milliarden Euro, die in Bildung und Entwicklung investiert werden. Unsere Erde ist bedroht durch die rücksichtslose Ausbeutung aller Ressourcen. Und Krieg ist eine der schlimmsten Zerstörungskräfte. Nur Abrüstung und Frieden werden die Zukunft der Menschheit sichern. Die Hoffnung, dass das möglich ist, gilt es wachzuhalten, gerade in diesen Tagen.

Mir ist klar, dass das nicht einfach ist für Friedensbewegte in diesen Tagen. Wenn ich sehe, wie überall nach Rüstung gerufen wird im Namen der Verteidigung, könnte ich auch manches Mal verzagen. Aber die Stimme des Friedens darf nicht resignieren. Wir müssen uns gegenseitig ermutigen, auch wenn die Stimmen, die für Waffen und Abschreckung plädieren so übermächtig erscheinen! Abrüstung, das Bannen von atomaren Waffen, Diplomatie, Verträge, Sicherheit neu denken, vertrauensbildende Maßnahmen auch durch die Zivilgesellschaft, dafür plädieren wir.

Das Festhalten an Gottvertrauen in schwerer Zeit vermittelt eindrücklich ein Lied, das der jüdische Theologe Shalom Ben Chorin gedichtet hat. Von den Nazis bedrängt verließ Fritz Rosenthal 1935 mit 22 Jahren Deutschland und ging nach Jerusalem. Er änderte seinen Namen in Schalom Ben-Chorin: Friede, Sohn der Freiheit. 1942 während in Europa der Kriege Millionen Leben zerstört und die Shoah tobt, dichtet er: *Freunde, dass der Mandelzweig wieder blüht und treibt, ist das nicht in Fingerzeig, dass die Liebe bleibt?* Dieses Lied ermutigt mich immer wieder und deshalb freue ich darauf, es nach der Predigt mit Ihnen zu singen.

In diesem Sinne: Lasst uns die Hoffnung nicht aufgeben, dass Krieg, Hass und Feindbilder überwunden werden können. Lasst uns mutig, stark, beherzt für Frieden eintreten! Nicht kriegstüchtig wollen wir werden, sondern friedensfähig!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!